

Hartz IV soll „schöner“ werden

Jetzt wird's ernst:

Die heute in Mainz tagende Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) hat die Vorschläge ihrer Arbeitsgruppe zur **Hartz-IV-Gesetzesnovelle der Großen Koalition** abgesegnet und zum weiteren Gesetzesverfahren dem Bund vorgelegt.

Die Springerpresse warb dieses Jahr schon: „Das Neue Hartz-IV – einfacher, transparenter, gerechter.“

Das Hartz-IV-Netzwerk Rheinland-Pfalz und Experten und Aktivisten bundesweit analysierten die durchgesickerten Zwischenergebnisse und kommen zu einer anderen Bewertung: Es wird in vielen Fällen nur für die Jobcenter einfacher. **Es wird härter für die Hartz-IV-Berechtigten.** Und billiger für den Staat. Auf Kosten der Hartz-IV-Berechtigten!

Auch der zu niedrige Hartz IV-Regelsatz wird nicht besser!

Die seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2010 fällige transparente Neuberechnung des Existenzminimums als Basis der Regelsätze wurde nicht vorgenommen, so dass das Bundesverfassungsgericht im September 2014 die Regelsätze als „gerade noch hinnehmbar“ bezeichnet und weitere Regelungen angemahnt hat, wie z. B. das schnellere Reagieren auf die Erhöhung der Energiepreise.

Hartz IV bleibt also, was es war: die dauerhafte Unterversorgung der auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr Verwertbaren.

Und Andrea Nahles? Sie schließt angeblich eine „Gerechtigkeitslücke“ nach der anderen, aber „vergisst“ sie die 7 Millionen Hartz-IV-Beziehenden?

Wir erinnern an das Rentenpaket: 9,5 Millionen Mütter werden, erfreulicherweise, in den Genuss einer Rentenerhöhung kommen. Frauen mit kleiner Rente aber bekommen diese in der Grundsicherung abgezogen!

Wer zahlt das? Die Gemeinschaft der Rentenversicherten, von deren Beiträgen eine Reserve in Höhe von 31 Milliarden angespart wurde.

Und was leistet der Staat, von dem man hört, die Steuereinnahmen sprudeln nur so?

Stärkt er die Kaufkraft der Ärmsten, um die Nachfrage anzukurbeln?

Hilft er den Verlierern der Krisen und der Globalisierung, trotz Arbeitslosigkeit in Würde und Anstand zu leben?

Nein, genau hier wird gespart! Herr Schäubles letztes großes Ziel ist es, mit der Schwarzen Null Geschichte zu schreiben! Erstmals seit 1969 im Haushalt keine Neuverschuldung, das feiert er zurzeit.

Und dafür muss u.a. der größte Etatposten, der für „Arbeit und Soziales“, kleiner werden.

Wir erinnern: **Der Staat spart** - über die Bundesagentur für Arbeit - jedes Jahr Milliarden (!) durch

Kürzungen der eh schon viel zu geringen „Regelleistungen durch **falsche Berechnungen, hinausgezögerte Bearbeitung** und gesetzlich vorgeschriebene „**Sanktionen**“ innerhalb eines ebenso strengen wie undurchsichtigen Maßregelsystems, das Bürger in Not zu Bürgern zweiter Klasse macht.

Dieses Jahr haben 90 000 Menschen eine Petition zur Abschaffung von Sanktionen unterzeichnet und damit immerhin eine Anhörung von Experten im Bundestag erwirkt.

Was ist das für ein Sozialstaat, der ein Existenzminimum“ noch kürzt?

Gleichzeitig wurden die vielfach als „sinnlos“ kritisierten **Maßnahmen zur Weiterbildung** und Umschulung drastisch gekürzt statt sie zu verbessern.

Das „neue, schönere, einfachere Hartz IV“ soll nun endlich mit der härteren Bestrafung der unter 25-Jährigen Schluss machen – ein Erfolg jahrelanger Proteste. Was macht Nahles und ihre

Behörde?

Sie bringt ins Gespräch, künftig statt zu differenzieren, alle Sanktionskürzungen auf 30 % zu erhöhen. Den Großteil der Sanktionen machen die 10%-Kürzungen bei den sogenannten Meldeversäumnissen aus.

Diese Kürzungen, durch die bisher 70 Millionen eingespart werden konnten, bringen dann 240 Millionen!

Was für eine schöne Rechtsvereinfachung!

Wir fordern:

Keine Rechtsvereinfachungen, die verdeckte Kürzungen sind!

Hände weg vom Existenzminimum!

Schluss mit den Sanktionen!

Schluss mit dem Geschwätz, erhöht die Regelsätz!